Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 47

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

„Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können."

Friedrich A. von Hayek,
Wirtschaftswoche, 6.3.1981

Im Jahr 2003 hungerten weltweit 842 Millionen Menschen. Davon lebten 798 Millionen in Entwicklungsländern, 34 Millionen in Schwellenländern und Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks und 10 Millionen in Industrieländern (FAO-Welthunger-Bericht, The State of Food Insecurity in the World, 2003). Die Internationale Gemeinschaft ist von ihrem 1996 am Welternährungsgipfel in Rom gesteckten Ziel weit entfernt, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 auf 400 Millionen zu halbieren. Einem „Anti-Hungerprogramm" der FAO folgend, liesse sich die Zahl der Hungernden halbieren, wenn jährlich 19 Milliarden Dollar an öffentlichen Mitteln der Industriestaaten und Entwicklungsländer zusätzlich in die Landwirtschaft der armen Staaten investiert würden. Länder wie Ghana, Thailand und Vietnam zeigen, dass Hunger erfolgreich bekämpft werden kann. Dafür entscheidend ist die Bewältigung der Agrarfrage, d.h. die Landreform und die Entwicklung der Landwirtschaft und der nachgeordneten Sektoren in den ländlichen Gebieten, um Beschäftigung und Nahrungsmittelproduktion zu ermöglichen.

In Afrika zum Beispiel werden rund 80 Prozent der Grundnahrungsmittel und ein Drittel der Marktfrüchte von Frauen produziert; in Asien sind es 50 bis 60 Prozent, im Nahen Osten und Lateinamerika über 30 Prozent. Die Leistungen der Frauen zur Ernährungssicherung werden jedoch aufgrund der Geschlechterhierarchien nicht entgolten. Die Frauen bleiben zudem entrechtet, solange sie kein Land besitzen und nicht als eigenständige Rechtspersonen verantwortlich wirtschaften können, was sich negativ auf die Bodennutzung und Ernährung auswirkt. Für die Überlebenssicherung in den agrarischen Kulturen des Südens sind Land, Wasser, biologische Vielfalt und Energie die Schlüsselressourcen.

Zur Wohlstandssicherung in den reichen Industriestaaten und zur Aufrechterhaltung ihres Wachstumsmodells ist seit langem ein Wirtschaftskrieg um die strategischen Rohstoffe in Gange – zulasten der armen und ärmsten Entwicklungsländer. Ausbeutung und Verwertung biologischer und genetischer Ressourcen sind kein neues Phänomen, sondern seit Jahrhun-

derten Bestandteil der kolonialen und neokolonialen Weltordnung. Deren wichtigste Exponenten sind die Agrokonzerne und ihre institutionellen Verbündeten Weltbank, IWF und WTO. Sie vertreten die neoliberale Freihandelsdoktrin und gewährleisten die Versorgungssicherheit und den Absatz der Überproduktion der reichen Industriestaaten, indem sie die Ausbeutung der Ressourcen einem globalen Management unterwerfen. Mit der Verknappung der Ressourcen, der anhaltenden Umweltzerstörung und Unterentwicklung und mit den sich ausweitenden regionalen Kriegen sind inzwischen auch diese Akteure unter Druck geraten. Der politische Widerstand vieler Schwellen- und Entwicklungsländer gegen die erzwungene Weltmarktintegration hat die WTO-Verhandlungen in Cancún 2003 zum Scheitern gebracht.

Gegen die Herrschaft des Agrobusiness haben sich weltweit Kleinbauernorganisationen, Landarbeitergewerkschaften, Frauen- und Indigenen-Organisationen in der „Via Campesina" zusammengeschlossen. Diese weltweit grösste soziale Bewegung fordert eine völlige Abkehr von der bisherigen Landwirtschaftspolitik und die Orientierung an der Ernährungssouveränität in den einzelnen Ländern, basierend auf kleinbäuerlichen Strukturen. „Via Campesina" nimmt aktiv an den Weltsozialforen und an den Sozialforen der einzelnen Kontinente teil. Dort diskutieren Antiglobalisierungsbewegung, Gewerkschaften und NGO über alternative Weltwirtschaftsordnung, über Nachhaltigkeit und Wachstum, über die Neuordnung des Welthandels, die Entmachtung der transnationalen Konzerne (TNCs) und der WTO, über Perspektiven und Strategien der Deglobalisierung.

Auch die reichen Industrieländer kommen nicht umhin, ihren Umgang mit Ressourcen, die Sicherung der Ernährung und die Rolle der Landwirtschaft grundsätzlich zu thematisieren. In der am 1. August 2004 in Genf neu aufgenommenen Welthandelsrunde („Doha-Runde") ist Landwirtschaft das wichtigste Dossier. Die grossen Agrarexportländer USA, EU, Australien, Brasilien und Indien machen Druck auf die G-10-Länder, die am Agrarprotektionismus festhalten. Zu den G-10-Ländern gehört auch die Schweiz. Zölle und interne Preisstützung für Landwirtschaftsprodukte werden sich vermutlich nicht mehr lange auf dem heutigen Niveau halten lassen. Die Regelungen, welche die Ministerkonferenz von Hongkong 2005 voraussichtlich treffen wird, könnten Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe und das „grosse Bauernsterben" in der Schweiz zur Folge haben. Die Debatte um die Zukunft der Landwirtschaft, des Natur- und Umweltschutzes, der Klimapolitik und Biodiversität ist neu zu lancieren und in einen gesellschaftlichen und vor allem globalen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Die Redaktion